

AKTIV

Am 5. Dez. 2008 findet im Europaparlament in Strassbourg eine Konferenz statt zum Thema: **Umwelt und Gesundheit: Innenraumschadstoffe und Multi-Systemkrankheiten**

Konferenzsprachen sind englisch, französisch, deutsch, italienisch, russisch

Das Programm erhalten Sie via email ueber Scherrmann@safer-world.org

Anmeldeschluss: 27. 11. 2008. Es gibt noch freie Plaetze.

Eingeladen sind auf diesem Gebiet engagierte Organisationen, Buergerinnen und Buerger.

=====

CHEMIKALIEN - BISPENOL A

Bundestag 12.11.2008

Behörden sehen kaum Risiken durch Bisphenol A

Ernährung Landwirtschaft und Verbraucherschutz/Antwort

Berlin: (hib/HLE) Mehrere für Gesundheit und Verbraucherschutz zuständige nationale und europäische Einrichtungen sehen kaum Risiken durch den Kunststoffbestandteil Bisphenol A, der zum Beispiel in Behältern für Kleinkindnahrung enthalten ist. In der Antwort der Bundesregierung (16/10759 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/107/1610759.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (16/10672 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/106/1610672.pdf>) heißt es, die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit habe in einer Studie 2008 darauf hingewiesen, dass auch Säuglinge und Kleinkinder über eine ausreichende Stoffwechselkapazität zur Eliminierung der Mengen an Bisphenol A verfügen, wie sie bei der Aufnahme von Flaschennahrung auftreten könnten, schreibt die Regierung. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und die Gesellschaft für Toxikologie e.V. würden sich der Einschätzung der Europäischen Behörde anschließen. Aus den Studien ergebe sich, "dass oral aufgenommenes Bisphenol A schnell in Darm und Leber zu einem hormonell/östrogen unwirksamen Metaboliten verstoffwechselt und bei Primaten einschließlich des Menschen mit einer Halbwertszeit von weniger als sechs Stunden ausgeschieden wird", erläutert die Regierung. "Daher ist derzeit nicht davon auszugehen, dass es zu einer Akkumulation von Bisphenol A im menschlichen Körper kommt", erklärt die Regierung.

Anmerkung Scherrmann:

Ueber die Schaedigungen durch Bisphenol A bei Kleinkindern gibt es andere Erkenntnisse. Die obige "Antwort" ist mal wieder ein typisches Beispiel, wie Behoerden abwiegeln.

Hierzu ein Abschnitt aus dem EU-Verbraucherinfo 2. November 08 von Hiltrud Breyer MdEUP
www.hiltrud-breyer.eu

Gefahr nicht verharmlosen: Bisphenol-A

Zum ersten Mal haben britische und amerikanische Wissenschaftler einen Zusammenhang zwischen der Belastung durch die Chemikalie Bisphenol-A (BPA) und dem Risiko von Herz-Kreislaufkrankungen und Diabetes bewiesen. Die Ergebnisse dieser Studie müssen eine Alarmglocke für die Europäische Union sein. Die EU darf nicht länger die Gefahren schön reden, sondern muss die Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger, und ganz besonders die unserer Babys und Kinder,

schützen. EU-Kommissarin Vassiliou ist aufgefordert, die Warnungen zu BPA endlich ernst zu nehmen und das Verbot dieser Chemikalie in Babyflaschen und anderen Kinderprodukten zu prüfen.

Bisher geschah genau das Gegenteil: Anstatt die Verbraucher besser vor Bisphenol-A zu schützen, hat die EU-Lebensmittelbehörde EFSA 2007 den Grenzwert für die Aufnahmemenge um das Fünffache erhöht. Diese Erhöhung geschah auf der Basis einer von der Industrie finanzierten Studie, die keinerlei Schaden durch BPA feststellen konnte. Es ist ein Skandal, wie die EFSA die große Zahl der

unabhängigen Studien mit vorgeschobenen Argumenten vom Tisch wischt und sich nur diejenigen Studien herauspickt, die ihr passen. Mit der mittlerweile zweiten parlamentarischen Anfrage setze ich mich dafür ein, dass die Vorgänge in der EFSA lückenlos aufgeklärt werden.

Informationen zur Studie <http://jama.ama-assn.org/cgi/content/abstract/300/11/1303>

Meine Anfragen <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+WQ+E-2008-3777+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

=====

MEDIKAMENTE

20. 11. 2008
Deutsches Ärzteblatt.

Starker Anstieg der Neuroleptikagaben bei Kindern und Jugendlichen

Hamburg – Um 13,6 Prozent ist von 2006 auf 2007 die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren gestiegen, die mit Neuroleptika behandelt wurden. Bei der Gruppe der unter 15-Jährigen betrug die Steigerung sogar 25 Prozent. Das berichtet die Deutsche Angestellten Krankenkasse.

„Neuroleptika gehören zu den Psychopharmaka, die schwerwiegende Nebenwirkungen, wie Gewichtszunahme, apathisches Verhalten, Bewegungs- und Herz-Kreislauf-Störungen haben können. Gerade bei Kindern, die noch im Wachstum sind, sollten diese Medikamente äußerst vorsichtig verschrieben werden“, sagte Stefanie Schellhammer, Apothekerin in der DAK-Fachabteilung für Arzneimittel.

Die neuen Daten bestätigten einen Trend: „Psychopharmaka setzen sich mittlerweile in allen Altersgruppen durch. Bei den Erwachsenen zählen sie schon seit Jahren zu den Spitzenreitern der verordneten Medikamente“, sagte Schellhammer.

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=34462>

Anmerkung Scherrmann:

Wen wundert es? Es wird versucht an den Symptomen rumzukurieren.

Es ist doch viel einfacher einem Kind mit ADHS Ritalin zu verordnen, als sich das Wohnumfeld des Kindes genau anzuschauen. Siehe auch unter MEDIEN - INTERNET

=====

NANOTECHNOLOGIE

20.11.2008, BfR

Nanotechnologie im Fokus des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

Rund 200 Teilnehmer beim sechsten BfR-Forum Verbraucherschutz

In welchen Lebensmitteln und Produkten werden Nanopartikel eingesetzt? Auf welchen Wegen kommen Verbraucher mit Nanopartikeln in Kontakt? Entstehen dadurch gesundheitliche Risiken? Wie können diese bewertet werden? Welche Informationen benötigen Verbraucher über Nanotechnologien? Die Liste der Fragen war lang auf dem sechsten BfR-Forum Verbraucherschutz im Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) in Berlin. Rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, öffentlichen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen diskutierten unter dem Motto „Nanotechnologie im Fokus des gesundheitlichen Verbraucherschutzes“ mögliche Antworten. Einig waren sich die Anwesenden darüber, dass großer Forschungsbedarf besteht. Dringend notwendig sei eine einheitliche Definition für Nanotechnologie. Allerdings werde auch mit einer solchen Definition keine allgemeingültige Risikobewertung möglich sein. „Die Bewertung möglicher gesundheitlicher Risiken durch Nanopartikel oder -materialien ist derzeit nur im Einzelfall möglich“, sagt BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel.

Mehr unter: <http://www.bfr.bund.de/cd/27042>

Schweiz :

Abschlussbericht der 4. NanoRegulation Konferenz

Der Schlussbericht der 4. NanoRegulation Konferenz vom 16.-17. September in St.Gallen ist ab sofort auf der Webseite der Innovationsgesellschaft abrufbar. Das Dokument gibt eine Übersicht der Präsentationen, Workshops und Teilnehmer der Veranstaltung, welche sich dieses Jahr mit der Thematik der „Freiwilligen Massnahmen in der Nano Risk Governance“ auseinandergesetzt hat.

<http://www.innovationsgesellschaft.ch/index.php?page=115>

Anmerkung Scherrmann:

Fuer diejenigen, die die Argumente der Industrie kennen lernen wollen, ist diese Website eine gute Informationsquelle.

=====

RADIOAKTIVITAET

13.11.2008

Im Bundestag notiert: **Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung in der Bundesrepublik im Jahr 2007**

Umwelt/Unterrichtung

Berlin: (hib/AS) Über Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung in der Bundesrepublik im Jahr 2007 informiert die Bundesregierung in einer Unterrichtung (16/10750). Neben einer Auflistung medizinischer Strahlenexposition und der beruflichen Strahlenexposition gibt der Bericht auch Auskunft über die Strahlenexposition von Fluggesellschaften. Daneben enthält der Bericht ein Register hochradioaktiver Strahlenquellen, eine Aufstellung über die Emissionsüberwachung von Kernkraftwerken ebenso wie einen Bericht über die Folgen des Tschernobyl-Unglücks. Der Bericht geht auf das Strahlenschutzvorsorgegesetz (StrVG) aus dem Jahr 1986 zurück, das vorsieht, dass Bundestag und Bundesrat einmal jährlich einen Bericht über die Radioaktivität in der Umwelt erhalten.

=====

RECHT - SOZIALGERICHTE

Wenn Sie einsehen wollen, welche Urteile an den Sozialgerichten (Laender und Bund) in den letzten Jahren unter dem Stichwort "MCS" zu finden sind, kopieren Sie den folgenden URL in Ihren Browser:

http://www.sozialgerichtsbarkeit.de/sqb/esgb/list.php?modul=esgb&id=&etyp=&land=&gericht=&abteilung=&sachgebiet=&rechtskraft=&s0=mcs&c0=AND&c1=OR&c2=OR&search_entscheidung=j&instanz=&aktenzeichen=&edat_von=&edat_bis=&speicherdatum_von=&speicherdatum_bis=&show_id=j&show_freigabe=j&show_kategorie=j&show_rechtskraft=j&show_instanz1=j&show_instanz2=j&show_instanz3=j&show_speicherdatum=j&ORDERBY=saved%20DESC,%20id%20DESC%20&page=1

Sie finden 64 Urteile im kompletten Wortlaut.

19. 11. 2008

BUNDESTAG . Grüne plädieren für Ausbau der Informationsfreiheit

Inneres/Antrag

Berlin: (hib/MEN) Die Informationsansprüche des Informationsfreiheitsgesetzes sollen erweitert und bürgerfreundlicher ausgestaltet werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert in einem Antrag (16/10880) die Bundesregierung auf, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Nach Auffassung der Grünen ist es notwendig, das Informationsfreiheitsgesetz und das Umweltinformationsgesetz zusammenzuführen und das Verhältnis zu Informationsansprüchen aus anderen Gesetzen klarer zu regeln. Weiter plädiert die Fraktion in ihrem Antrag dafür, die Ausnahmeregelung für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu ändern, da diese "zum größten Hindernis für mehr Transparenz" geworden seien. Viele Behörden blockierten Informationsansprüche mit der Begründung, dass Interessen Dritter gefährdet seien. Dies seien nicht selten reine Mutmaßungen, argumentieren die Grünen. Gesetzgeberischen Handlungsbedarf sieht die Fraktion außerdem bei der Bereichsausnahme für Geheimdienste und den Fristen für die Bearbeitung von Anträgen.

Daneben solle die Bundesregierung bei den Behörden des Bundes darauf hinwirken, Transparenz über das Gesetz selbst und seine Möglichkeiten herzustellen. Hierzu sei es etwa notwendig, die Mitarbeiter der auskunftspflichtigen Stellen aus- und weiterzubilden. Daneben solle, so die Grünen in dem Antrag, auf den Internetseiten der Bundesministerien und der nachgeordneten Behörden "in leicht verständlicher Form" auf das Informationsrecht hingewiesen werden. Damit Transparenz nicht vom Privatvermögen abhängig sei, müsse zudem das Gebührenrecht angepasst, und die Kosten für die Bürgerinnen und Bürger müssten weiter gesenkt werden.

Schließlich fordern die Grünen die Bundesregierung in dem Antrag auf, die personelle Ausstattung des Datenschutzbeauftragten zu verbessern. Die Behörde müsse verstärkt in die Lage versetzt werden, von sich aus auf Stellen des Bundes zuzugehen und in Schulungen mit dem Informationsfreiheitsgesetz vertraut zu machen, schreibt die Fraktion.

Anmerkung Scherrmann:

Von den meisten Buergerinnen und Buergern wird noch wenig verstanden, wie wichtig ein besseres Informationsfreiheitsgesetz und Umweltinformationsgesetz ist.

=====

MEDIEN - BUCH

Torsten Engelbrecht / Claus Köhnlein

Virus-Wahn

Vogelgrippe (H5N1), SARS, BSE, Hepatitis C, AIDS, Polio

Wie die Medizin-Industrie ständig Seuchen erfindet und auf Kosten der Allgemeinheit Milliarden-Profit macht.

Mehr unter http://www.torstenengelbrecht.com/de/buch_viruswahn.html

=====

MEDIEN - INTERNET

Weihnachtszeit: Wenn der Duft zur Qual wird

Von Michael Draeke

<http://www.news-adhoc.com/weihnachtszeit-wenn-der-duft-zur-qual-wird-idna200811172609/print/>

24.10.2008

Handelsblatt:

Forschung im Zwielicht - Psychiater im Sold der Industrie

von Eva-Maria Schnurr

Interessenkonflikte von Ärzten gefährden die Freiheit der Forschung. In der Psychiatrie ist die Versuchung besonders groß.

DÜSSELDORF. Die Sache ist ziemlich peinlich. "Hochkarätige Redner" habe man gewonnen für die Plenarvorträge zur Eröffnung des Fachkongresses Ende November, so verkündet das Programm für die bevorstehende Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN). Doch nun wurde der Begriff "hochkarätig" unfreiwillig doppeldeutig.

.... Im Umgang mit Interessenkonflikten tut sich die Ärzteschaft auch in Deutschland immer noch schwer. Von Firmen bezahlte Vorträge oder Beraterverträge mit der Pharmaindustrie sind auch bei deutschen Universitätsprofessoren keine Seltenheit. Doch der Fall Nemeroff zeigt, dass der Umgang mit solchen Interessenkonflikten in der medizinischen Forschung neu geregelt werden muss.

... Als Erstes nahm er sich führende Psychiater vor - aus gutem Grund: Die Erfahrungen aus einzelnen amerikanischen Bundesstaaten, in denen Zahlungen der Pharmaindustrie bereits veröffentlicht werden, zeigen, dass Psychiater und Neurologen das meiste Geld aus der Industrie erhalten - noch vor Herz-Kreislauf-Spezialisten.

Psychiatrische Medikamente seien für die Pharmaindustrie einer der wichtigsten Geschäftszweige, erläutert Klaus Lieb, Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Universitätsklinikums Mainz und Vorstandsmitglied der Anti-Korruptions-Ärzteinitiative MEZIS. ... Auch in Deutschland steigen die Verschreibungszahlen vor allem von Antidepressiva seit einigen Jahren stetig an, Neuroleptika - Medikamente gegen Schizophrenie - gehören zu den umsatzstärksten Medikamenten überhaupt.

Hinzu kommt: Anders als Krebs oder Herzinfarkte sind psychiatrische Krankheiten weder auf Röntgenbildern noch in den Blutwerten der Patienten zu erkennen. Die Diagnosekriterien sind Definitionssache, und deshalb ist es vergleichsweise einfach möglich, darauf Einfluss zu nehmen. In

den vergangenen 50 Jahren explodierte die Zahl psychiatrischer Störungen von 106 auf inzwischen 297. Nicht nur der Fortschritt der Forschung könnte dafür der Grund sein, sondern auch "disease mongering", Geld verdienen mit der Ausweitung von Diagnosen, vermuten unabhängige Beobachter.

Den ganzen Artikel finden Sie unter: <http://www.handelsblatt.com/technologie/medizin/psychiater-im-sold-der-industrie;2070031>

Anmerkung Scherrmann.

Es ist erstaunlich, dass dieser Artikel ausgerechnet im Handelsblatt erscheint.

Viele PatientInnen wundern sich, warum sie eine psychiatrische Diagnose bekommen. Nach der Lektüre dieses Artikels kennen sie zumindest einige Gründe.

=====

MEDIEN - TV

10.11.2008

Gefahren im Trinkwasser: ZDF-Magazin "Abenteuer Wissen" über neue Untersuchungen zu Tensiden, Nanopartikeln und Medikamentenresten im Grundwasser

Mainz (ots) - Das ZDF-Magazin "Abenteuer Wissen" ist zum zweiten Mal den Gefahren im Trinkwasser auf der Spur. Aktuelle Ergebnisse einer medizinischen Untersuchung von Anglern am Möhnesee zum Fall des mit perfluorierten Tensiden (PFT) verseuchten Trinkwassers in Nordrhein-Westfalen versprechen neue Erkenntnisse. Über Jahre mischte eine Industriefirma mit PFT belasteten Klärschlamm unter Dünger, das Gift versickerte und gelangte schließlich in die Ruhr. In der aktuellen Sendung am Mittwoch, 12. November 2008, 22.15 Uhr, berichtet "Abenteuer Wissen" über die Ergebnisse der Untersuchung, die die Frage klären soll: Wie gelangte das Gift auch in Menschen, die das verseuchte Trinkwasser nie zu sich genommen hatten. Die Vermutung: Über das Grundwasser war das PFT auch in den See gelangt und hatte sich in Speisefischen angereichert.

Schon vor eineinhalb Jahren hatte sich die Sendung mit Moderator Karsten Schwanke auf Spurensuche nach den unsichtbaren Bedrohungen der Trinkwasserqualität begeben und über die hohe Konzentrationen von PFT berichtet, die das Trinkwasser in Nordrhein-Westfalen belasten.

"Abenteuer Wissen" informiert in der aktuellen Sendung zudem über Nanopartikel, die über Lebensmittel und Trinkwasser die Barrieren des Körpers überwinden. Medikamentenreste bereiten ebenfalls Probleme: So verursachen zum Beispiel Rückstände von Antibiotika, wie sie in Krankenhausabwässern nachgewiesen werden, gefährliche Resistenzen von Bakterien.

Nanopartikel werden als Materialien definiert, die mindestens in einer Dimension kleiner als 100 Nanometer sind. Das Besondere an ihnen ist, dass sie völlig andere Eigenschaften haben, als ihre großen Verwandten. Wissenschaftler weisen verstärkt darauf hin, dass Nanopartikel erhebliche Gesundheits- und Umweltrisiken bergen. So können sie zum Beispiel die schützenden biologischen Schranken wie die Plazenta oder die Blut-Hirn-Schranke überwinden. Studien an Ratten und Mäusen belegen dies. Nach Schätzungen des BUND sind - neben vielen verschiedenen Alltagsprodukten - allein 600 verschiedene Lebensmittel auf dem Markt, die Nanopartikel enthalten.

Jährlich gelangen mehrere Tonnen Medikamente in die Umwelt - mit zum Teil erheblichen Folgen: in Indien starb der Aasgeier durch ein Schmerzmittel aus, hierzulande verweiblichen Fische durch die Rückstände von Hormonpillen. Dr. Wolfgang Kohnen von der Uniklinik Mainz konnte zudem nachweisen, dass die Resistenzen von bakteriellen Krankheitserregern durch Rückstände von Antibiotika in den Abwässern, vor allem im Umfeld von Krankenhäusern, entstehen. In einem Pilotprojekt versucht das Kreiskrankenhaus Waldbröl die Medikamentenflut im Abwasser in den Griff zu bekommen. Der Plan: Die belasteten Abwässer dürfen erst gar nicht in die kommunalen Kläranlagen gelangen, sondern sollen vorher in speziellen Anlagen gereinigt werden. "Abenteuer Wissen" ist mit dabei, als der Wissenschaftler Kohnen erneut den Test vor Ort macht.

Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/7840>

Pressemappe via RSS : http://www.presseportal.de/rss/pm_7840.rss2

WDR 13.10.2008

Skandal um chronische Borreliose

„Eine chronische Borreliose gibt es nicht“ – davon gehen die bislang gültigen Leitlinien der IDSA (Amerikanische Gesellschaft für Infektionskrankheiten) aus. Doch nun werden diese Leitlinien in Zweifel gezogen. Eine Untersuchung des Justizministeriums von Connecticut deckte ein fehlerhaftes Vorgehen bei der Erstellung der IDSA-Leitlinien zur Lyme-Borreliose auf. Am 1. Mai 2008 verordnete der Generalstaatsanwalt von Connecticut, Richard Blumenthal, eine Überprüfung der IDSA-Leitlinien. Seine Begründung: „Mein Ministerium stellte geheim gehaltene Kapitalinteressen mehrerer der einflussreichsten Mitglieder der Leitlinienkommission der IDSA fest. Was die chronische Lyme-Borreliose betrifft, ignorierte oder bagatellierte die IDSA-Leitlinienkommission in unsachgemäßer Weise Überlegungen und Erkenntnisse abweichender medizinischer Meinungen und Nachweise.“

Mehr unter

http://www.wdr.de/tv/servicezeit/gesundheitsendungsbeitraege/2008/1013/07_skandal_um_chronische_borreliose.jsp

=====

TERMINE

Siehe unter AKTIV: Konferenz in Strassbourg

=====

POLTIK - BEHOERDEN

=====

BUNDESTAG

Siehe weiter oben unter CHEMIKALIEN - BISPENOL A und unter RECHT

=====

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)

23/2008, 18.11.2008

Risikobewertung und Risikokommunikation: Gute Noten für das BfR Neue BfR-Publikationen über Risikowahrnehmung und Vertrauen in Institutionen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes veröffentlicht

Der gesundheitliche Verbraucherschutz ist nach Ansicht der deutschen Bevölkerung nach wie vor eine zentrale Aufgabe des Staates. Dies ist eines der Ergebnisse der zweiten repräsentativen Befragung der deutschen Bevölkerung zur Bekanntheit des Bundesinstituts für Risikobewertung. Die Umfrage war Bestandteil einer Studie, in der neben gut 1000 repräsentativ ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern auch 400 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Verbraucherverbänden und den Medien befragt wurden. „Die Ergebnisse sind positiv“, sagt BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel. „Bei unseren Zielgruppen haben wir unsere Bekanntheit deutlich gesteigert, und auch in der Allgemeinbevölkerung sind wir inzwischen wesentlich bekannter als bei unserer ersten Umfrage vor vier Jahren. Im Übrigen wird unsere Arbeit von Fachleuten wie Laien als gut bewertet.“ Nachholbedarf gibt es allerdings im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Bei den Medienvertretern sollte sich das Institut noch besser positionieren - als die Institution in Deutschland, die gesundheitliche Risiken bei Lebensmitteln und verbrauchernahen Produkten nach wissenschaftlichen Kriterien beurteilt, unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Interessen. ...

Pressemittelung: <http://www.bfr.bund.de/cd/27010>

Hintergrundinformation:

http://www.bfr.bund.de/cm/238/rechtfertigen_gefuehlte_risiken_staatliches_handeln_tagungsband.pdf

http://www.bfr.bund.de/cm/221/zweitevaluation_der_bekanntheit_des_bfr_abschlussbericht_2008.pdf

Anmerkung Scherrmann:

Dass das BfR inzwischen in der Bevölkerung bekannter ist, sagt nichts darüber aus, ob es die Bürger und Bürgerinnen tatsächlich schützt. Nach der Lektüre von Hunderten von Pressemitteilungen während der letzten 15 Jahre und des Tagungsbandes "Rechtfertigen gefühlte Risiken staatliches Handeln" komme ich persönlich zu dem Schluss, dass das BfR die BürgerInnen und Bürger unzureichend schützt. Ich habe wenig Vertrauen in die Risikowahrnehmung des BfR.

=====

UBA

12.11.2008

Sind sozial benachteiligte Menschen in Deutschland höheren Umweltbelastungen ausgesetzt als besser gestellte? Haben Menschen mit geringem Einkommen ein größeres Risiko, durch Umweltschadstoffe in Wohnung und Wohnumgebung zu erkranken als Einkommensstärkere? Das telegramm: umwelt + gesundheit berichtet über eine Fachtagung zum Thema Umweltgerechtigkeit. <http://www.umweltbundesamt.de/gesundheit/telegramm/Ausgabe07-2008.pdf>

Anmerkung Scherrmann:

Die Problematik wird meiner Einschätzung nach zu einseitig und versimplifizierend beurteilt.

=====

Ende des newsletter/d/118

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an

info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org ,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt